

1 **A3: Antragsteller:** Jusos Aschaffenburg

2 **Adressaten:** Bezirkskonferenz der Jusos Unterfranken, Landeskonferenz der Jusos
3 Bayern, SPD-Bezirksparteitag, Landesparteitag der BayernSPD

4

5 **Aufstehen gegen Internierungslager in China**

6

7 Vor dem Hintergrund der Errichtung von Internierungslagern in der chinesischen Provinz
8 Xinjiang fordern die Jusos Aschaffenburg die Adressaten dazu auf folgenden Antrag an den
9 Bundesparteitag zu überweisen:

10 Wir fordern den Bundesvorstand dazu auf im Auswärtigen Amt für die Prüfung von
11 Sanktionen gegen natürliche und juristische Personen und Unternehmen einzutreten, die

12

- 13 a) An der Bereitstellung von Technologie für den Aufbau und Betrieb von
14 Internierungslagern in Xinjiang beteiligt sind
- 15 b) An politischen und bürokratischen Entscheidungen zur Errichtung und zum Betrieb
16 dieser Lager beteiligt sind
- 17 c) In den Lagern in leitender Funktion tätig sind

18

19 Es ist zu überprüfen, inwiefern Folgendes in Kraft gesetzt werden kann

20

- 21 a) Ein Verbot der Einreise nach Deutschland und der Durchreise aller sanktionierten
22 natürlichen Personen
- 23 b) Das Einfrieren aller Vermögenswerte der sanktionierten natürlichen und juristischen
24 Personen in Deutschland

25

26 Weiterhin ist zu prüfen ob

27

- 28 a) Die Zahlung von Geldern für Entwicklungshilfe an China seitens der Bundesrepublik
29 beendet werden kann
- 30 b) Ein Verbot der Ausfuhr von Überwachungstechnologie an China die genutzt werden
31 kann um politische Gegner und Mitglieder ethnischer Minderheiten ausfindig zu
32 machen
- 33 c) Der Schutz von ehemaligen politischen Häftlingen aus Diktaturen und Kriegsgebieten,
34 hier am Beispiel der Volksrepublik China, verbessert werden kann

35

36 Die chinesische Regierung hat in der Provinz Xinjiang 1200 Lager mit über einer Million
37 Insassen errichtet, in denen sie die ethnische Minderheit muslimischer Chinesen, die Uiguren¹
38 interniert. Inhaftierte berichten von Vergewaltigung und Folter², sogar grundlegende
39 menschliche Bedürfnisse wie Gänge auf die Toilette sind beschränkt.

40 Auch deutsche Unternehmen sind an der Überwachung der Uiguren, die zu deren
41 Inhaftierung in Lager führt, beteiligt. Siemens unterhält beispielsweise eine
42 Technologiepartnerschaft mit dem verantwortlichen chinesischen Militärunternehmen und
43 die KfW finanziert den Bau einer U-Bahn in der Provinzhauptstadt deren Ticketsystem Teil der
44 Massenüberwachung ist³.

¹ Vgl. <https://www.welt.de/politik/ausland/article203817168/China-Leaks-Schwerste-Menschenrechtsverletzungen-gegen-Uiguren.html>, zuletzt aufgerufen am 1.12.2019

² Vgl. <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-11/china-cables-internierungslager-uigueren-xinjiang-ueberwachung>, zuletzt aufgerufen am 1.12.2019

³ Vgl. <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/menschenrechte-in-china-welche-rolle-deutsche-konzerne-beim-uiguren-konflikt-spielen/25285678.html>, zuletzt aufgerufen am 1.12.2019

45

46 Die deutsche Geschichte lehrt uns, dass die Internierung von Menschen auf Grund ihrer
47 ethnischen Zugehörigkeit und ihrer Religionszugehörigkeit in streng bewachten Lagern einen
48 beispiellosen Akt der Barbarei darstellt, der durch entschlossenes Handeln der
49 Staatengemeinschaft sofort zu beenden ist.

50 Der Gedanke, dass deutsche Unternehmen Technologie und Gelder für dieses Lager- und
51 Überwachungssystem bereitstellen ist unerträglich. Das die verantwortlichen Beamten und
52 Parteifunktionäre nach Belieben in Deutschland reisen dürfen und freien Zugriff auf ihr sich
53 in Deutschland befindliches Vermögen haben ist vollkommen unverständlich.

54

55 Die Bundesregierung muss deshalb durch den Einsatz von individuellen Sanktionen ihre
56 Möglichkeiten der Einflussnahme nutzen und somit der historischen Verantwortung
57 Deutschlands gerecht werden.

58